

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortl.
Rieser
Herausg. Nr. 22.
Verlag Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gochheim, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort:
Dresden 1584.
Verlag:
Rieser Nr. 22.

Nr. 256.

Sonntag, 2. November 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennig; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennig, getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Beziffer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Gochheim Nr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Rieser.

Das Volksbegehren angenommen.

(Berlin, 2. November. Nach den bis 1,15 Uhr mittags eingegangenen Meldungen sind 4,136,384 Eintragungen für das Volksbegehren bei 41,019,181 erfassten Stimmberechtigten gezählt worden, das sind 10,08 Prozent. Da die Zahl der Eintragungen, die für die Annahme erreicht werden musste, 4,127,889 beträgt, ist das Volksbegehren also angenommen.)

Betrogene Beamte.

In der Wilhelmstraße, an der Ecke des Belle-Alliance-Platzes in Berlin, drängen sich die Menschen vor dem Eingang der Bank für deutsche Beamte. Volizei muß die Ordnung aufrechterhalten. Es ist der 1. November, und die Beamtenfamilien sind darauf angewiesen, ihr fälliges Monatsgehalt zu bekommen. Sie lassen sich dieses Geld seit Jahr und Tag auf dem Wege über die Bank für deutsche Beamte auszahlen. Nun hat plötzlich die Bank ihre Schalter geschlossen und erklärt, nichts zahlen zu können. Dabei sind ihr die letzten Monatsgehälter sowohl vom Staat wie von der Kommunalverwaltung pünktlich zugegangen. Aber die Bank hat diese Gelder zur Deckung anderweitiger Verpflichtungen benutzt. Benutzen müssen sie sie selbst vor plötzliche Zahlungsschwierigkeiten gestellt worden. Aber freilich, an diesen Schwierigkeiten ist ihre Verwaltung selbst schuld, und wenn sie jetzt den Beamten das Geld vorenthält, was sie in Wirklichkeit nur für sie als ihre Kunden bekommen hat, so ist das ein Akt der Untreue, der auf härteste gerügt werden muß.

Es ist bei dieser Bank, ähnlich wie bei der Raiffeisenbank, bei der Frankfurter Lebensversicherung und bei allen diesen Stellen so, daß risikante Geschäfte gemacht worden sind, die nicht nur an sich ungesund waren, sondern außerdem noch in Widerspruch zu Zweck und Satzung der Bank standen. Denn sicherlich haben die etwa 18 000 Genossenschaftsmitglieder, die die Bank für deutsche Beamte gründeten, niemals den Zweck dabei im Auge gehabt, durch Zusammenziehen ihrer bescheidenen Beiträge und durch ihre treuhänderische Verwaltung einen 1 1/2-Millionen-Kredit für einen Prinzen August zu Bodenlosigkeit zu machen. Sie haben auch nicht daran gedacht, eine halbe Million an ein Autodroschen-Unternehmen zu wagen. Der Sinn der genossenschaftlichen Gründung war doch nur, die vielen kleinen Beiträge der einzelnen Beamten zu einer größeren leistungsfähigen Masse zu sammeln und für die im Augenblick nicht bar benötigten Beträge auf reuellem Wege die landesüblichen Zinsen zu bekommen. Leider wird der genossenschaftliche Gedanke auf das schwerste in Miskredit gebracht, wenn er unter den Händen krupelhafter Spekulanten zu so zweifelhaften Geschäften mißbraucht wird. An und für sich war die Gründung dieser Beamtenbank durchaus zu rechtfertigen. Sie ist auf demselben Boden der Nachkriegsnot erwachsen, wie so viele andere Selbsthilfsorganisationen. In der Inflationszeit wurden die Beamten besonders hart mitgenommen und konnten sich vielfach nur durch Kredite über Wasser halten. Wenn sie da mit Hilfe einer genossenschaftlichen Organisation ihre eigene Kraft zur Kreditbeschaffung nutzbar machen wollten, so war das eine naheliegende Lösung. Der Fehler war nur, daß die deutsche Beamtenbank aus vielerlei Gründen zu sehr zerstückelt ist. Es entstanden infolgedessen zu viele Beamtenbanken nebeneinander. Das bedeutete nicht nur eine Begrenzung der finanziellen Kraft einer jeden, sondern darüber hinaus auch eine Erschwerung der Kontrolle. Stände die deutsche Beamtenbank geschlossen hinter einer zentralen Beamtenbank, dann wären leicht die Instanzen zu schaffen gewesen, die das Geschäftsgedare einer solchen Bank genau kontrollieren. Vielleicht, daß die deutschen Beamten in diesem Sinne ihre Lehre aus dem traurigen Vorgange ziehen.

Schlummert die Not, die durch diesen Bankzusammenbruch über Tausende von Beamtenfamilien kommt. Um so schlimmer, als ein harter Winter vor der Tür steht. Staat und Gemeinde werden helfen. Sie können auf künftige Gehaltsbezüge Vorstöße gewähren. Aber ein großer Teil der Sparanlagen ist ohne Zweifel unwiderbringlich verloren. Darüber hinaus ist ein unschätzbare Kapital an Vertrauen, und zwar nicht nur innerhalb der Beamtenbank, verloren gegangen. Das ist um so verhängnisvoller, als unser Wirtschaftsleben allgemein unter der Erschütterung des Kredits und des Vertrauens zu leiden hat, die durch die zahlreichen Skandale der letzten Zeit hervorgerufen wurden. Es ist ein unglücklicher wechselseitiger Zusammenhang: aus der Not unserer Wirtschaftslage heraus versuchen sich viele mit geschäftlichen Unternehmungen zu helfen, mit denen sie sich unter normalen Verhältnissen nicht abgeben würden. Dann aber bewirkt das Scheitern solcher Geschäfte eine weitere Zerschütterung des Kredits und eine weitere Verschlechterung der gesamten Lage. So ist auch der Zusammenbruch dieser deutschen Beamtenbank leider nur ein Symptom unter vielen. Wann wird es gelingen, der schweren Erkrankung der deutschen Wirtschaft von Grund aus Heer zu machen?

Die Sitzung des sächsischen Landtages wieder gesprengt. Die Aufhebung des Revolutionsfeiertages für dieses Jahr in Frage gestellt.

Die Verhandlungen am Freitag sind völlig ergebnislos verlaufen. Es ist keine neue Sitzung und keine Tagesordnung vom Landtag anberaumt. Später hat Präsident Wedel von sich aus die nächste Sitzung auf Mittwoch 1 Uhr festgesetzt. Es wird aber die gleiche Tagesordnung verhandelt, die schon am Freitag zur Beratung stand. Die Frage des Sonderfeiertages befindet sich nicht darunter. Heute mittag wird zwar noch eine Sitzung des Kestenen-ausschusses abgehalten, es ist aber kaum anzunehmen, daß es noch zu einer Änderung der Dispositionen des Präsidenten kommt, denn der Kestenen-ausschuss hat ja nur die Funktionen des Ausgleichs und der Verständigung auszuüben. Eine Verhandlung erscheint aber nach Lage der Sache ausgeschlossen. Wenn die nächste Sitzung am Mittwoch stattfindet, würde die Spanne zwischen diesem Tage und dem Revolutionsfeiertage viel zu kurz sein, als daß es noch für dieses Jahr zu einer Aufhebung des 9. November als Feiertag kommen könnte, zumal für die endgültige Erledigung der Vorlage noch zwei Sitzungstage notwendig sind.

11. Dresden, 1. November 1929.

Saus und Tribünen sind voll besetzt. Zu Beginn der Sitzung erklärt Präsident Wedel, daß er die Vorgänge in der Dienstagssitzung des Landtags aus tiefster Besorgnis (Unruhe links). Diese Vorgänge hätten aber — das heißt er ausdrücklich fest — nichts mit dem politischen Inhalte der Vorlage zu tun, sondern beträfen nur eine Auslegung der Geschäftsordnung. Als Präsident werde er nie seine Hand dazu bieten — das sage er gerade im Hinblick auf den früheren Präsidenten Winter, der in den bürgerlichen Zeitungen immer als Vorbild hingestellt wurde, der seinerzeit die bürgerlichen Minderheiten geschützt habe — zufällige Minderheiten der SPD. und KPD. irgendwie zu vergewaltigen (Stürmische Bravo-Rufe links). Ein Präsident habe die Verpflichtung, eine reibungslose, geordnete Parlamentsarbeit zu gewährleisten (Sehr richtig! rechts).

Sodann verliest Abg. Dr. Blüher eine längere Erklärung, von der fast nichts zu verstehen ist, da die Punkte fortwährend flücht. Man vernimmt nur, daß die gegenwärtige Geschäftsordnungsdebatte dadurch entstanden sei, daß Sozialdemokraten und Kommunisten den Boden der Verfassung grundtätig verlassen hätten. (Zuruf: Sie sind ja verrückt! Ordnungsrufe des Präsidenten. Die Rede Dr. Blüher geht unter dem Loben vollständig unter.) Vizepräsident D. Giesmann gibt eine Erklärung ab, in der es heißt: In den in der Sitzung vom 2. Oktober abgegebenen Erklärungen der Fraktionen der SPD. und KPD. gegen die Geschäftsordnung des Vorsitzenden und gegen die Stellungnahme der Mehrheit in den Sitzungen des Rechtsausschusses vom 24., 25., 26. und 28. Oktober habe ich festzustellen: Die Behauptung, daß Vorschriften der Geschäftsordnung verletzt worden sind, am eine Minderheit zu vergewaltigen, entspricht nicht den Tatsachen. Die einzelnen beanstandeten Maßnahmen meiner Geschäftsleitung sind unzutreffend dargelegt.

In einer weiteren Erklärung des Abg. Dr. Blüher heißt es, daß im Rechtsausschuss die Rechte der Minderheiten und ihrer Berichterstatter in keiner Weise beeinträchtigt worden seien. (Rufe: Lügner! Unwahr! Ordnungsrufe des Präsidenten.) Der Präsident habe zwar die heutige Tagesordnung gegen den Willen des Kestenen-ausschusses festgelegt. Die Regierungsparteien würden aber keinen Widerspruch dagegen erheben unter der Bedingung, daß die Vorlage über die Aufhebung des 9. November morgen, Sonn-

abend, auf die Tagesordnung gesetzt werde. (Wachstende lärmende Jurufe von links.)

Abg. Dr. Blüher beantragt, vor Eintritt in die heutige Tagesordnung erst über die Festsetzung der Tagesordnung der nächsten Sitzung zu beraten, und er beantragt ferner diese Sitzung morgen, Sonnabend, 11 Uhr, festzusetzen mit der Tagesordnung: Beratung der Feiertagsvorlage. (Man hältendes Johlen der Linken.) Nach längerem Zögern und Zweifeln schreitet der Präsident zur Abstimmung und stellt fest, daß der erste Antrag Blüher, zunächst über die Festsetzung der nächsten Sitzung und deren Tagesordnung zu beraten, mit 46 gegen 45 Stimmen angenommen sei. Die linkssozialistischen Stimmen mit der Linken. Der Volksrechtsparteiler Abg. Dr. v. Jumentz fehlt.

Kunmehr beantragt Abg. Herlich (Soz.) die Aufhebung der nächsten Sitzung für den 18. November und teilt mit, daß eine Delegation des Saalinshaberverbandes bei der Regierung vorzeitig geworden sei, daß für dieses Jahr der 9. November seines Feiertagscharakters nicht entleert werde, da wirtschaftliche Schäden zu befürchten seien. Abg. Wagner (Wirtsch.-V.) beantragt letztere Behauptung als unwahr (Rechtst. hört! hört! rechts. Unruhe links).

An der weiteren Geschäftsordnungsdebatte beteiligen sich Abg. D. Giesmann (KPD.), Abg. Jexel (Soz.), dem der Abg. Juppe zuruft: Sie alter Diegel (Ordnungsrufe), Abg. Renner (Komm.), der zwei Ordnungsrufe erhält und erklärt, seine Freunde würden die „Bergemaligung“ mit allen Mitteln zu verhindern suchen.

Als die Kommunisten am Schluß der Rede Beifall klatschen, droht der Präsident mit Verweisung aus dem Saal. Es sprechen noch bei größter Unruhe im Saal Abg. Giesmann (Komm.), Müller-Planitz (Soz.), Dr. Giesmann (KPD.) und Ebel (Soz.). Als letzterer sich in scharfen Ausdrücken gegen einen Nationalsozialisten wendet, entsteht ein ohrenbetäubender Lärm, der nur von den Hammer schlägen des Präsidenten überdünnt wird.

Schließlich verläßt Präsident Wedel keinen Platz. Damit ist die Sitzung geschlossen. Die öffentlichen Tribünen werden geräumt.

Im Saal dauert die Erregung an. Zahlreiche Abgeordnete der Linken klammern unter Führung von Einbermann (Komm.) und Beble (Soz.) auf die Bänke der Nationalsozialisten zu und bedrohen diese, werden aber von einigen ihrer Parteifreunde zurückgehalten. Nur langsam leert sich das Haus.

Sofort nach Schluß der Sitzung trat der Kestenen-ausschuss zur Beratung über die geschäftliche Lage zusammen. Gegen 1/6 Uhr teilte der Direktor des Landtags der Presse mit, daß die nächste Sitzung erst am Mittwoch stattfinden werde. Der Kestenen-ausschuss werde morgen mittags 12 Uhr zusammentreten. Danach ist die Festsetzung der Sitzung nicht durch den Landtagsvorstand, sondern wahrscheinlich durch den Präsidenten erfolgt.

Nach alledem dürfte kaum damit zu rechnen sein, daß die Feiertagsvorlage noch so rechtzeitig erledigt wird, daß schon in diesem Jahre der 9. November seines Feiertagscharakters entleert werden kann.

Die nach Beendigung der gestrigen Landtagsitzung vom Schriftführer noch mitgeteilt wurde, ist bei der Abstimmung über den Antrag Blüher ein Versehen unterlaufen. Der Antrag Blüher sei nicht mit 46 gegen 45 Stimmen angenommen, sondern mit 46 gegen 46 Stimmen abgelehnt worden.

Verhandlungen zur Sanierung der Bank für Deutsche Beamte.

(Berlin. In einer Pressekonferenz der Bank für Deutsche Beamte G. m. b. H. wurde mitgeteilt, daß Verhandlungen zur Sanierung des Unternehmens geführt werden. Sollten diese Verhandlungen ein günstiges Ergebnis haben, so werden die Beamtengehälter zunächst in Höhe von 50 Prozent zur Auszahlung gelangen; danach sollen die Verpflichtungen gegenüber den Kontoinhabern und den Genossen geregelt werden. Die Kassen bleiben bis

zum Abschluß dieser Verhandlungen geschlossen. Die Polizeibehörde soll bisher keinen Anlaß zum Einschreiten gefunden haben. Die Bank läßt einen Status aufstellen, um ihre genaue Lage zu ermitteln. Man erwartet, daß der Status in den nächsten Tagen vorliegen wird. — Die Deutsche Bank und die Diskontogesellschaft haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, unter Umständen die bei der Bank für Deutsche Beamte geführten Beamtenkonten zu übernehmen und den Inhabern dieser Konten durch Vorstöße aus der Bedrängnis zu helfen. Die D.-B.-Bank würde, wie man hört, zur Bedingung für ihre Hilfsbereitschaft machen, daß die Bank für Deutsche Beamte ihr Institut liquidiert.